

Unternehmungen, zu erfinderischer Überwindung aller dem Erfolge entgegretenden Schwierigkeiten gebe. Dieser Erwerbssinn dürfe auch durch übermäßige direkte Steuern nicht gelähmt werden, da sonst damit zugleich der Spartrieb und die Kapitalbildung, die notwendigsten Vorbedingungen jedes blühenden Wirtschaftslebens, geschwächt würden. Gewaltige Aufgaben deutscher Kulturpolitik ständen den Einzelstaaten bevor. Auf allen Gebieten gelte es aufzubauen, was der Krieg zerstört habe, Keime zur Entwicklung zu bringen, die der Krieg gehemmt hätte, neues Leben überall aussproßen zu lassen. Von Herrn Geheimen Kommerzienrat Waentig sei in derselben Kammer hingewiesen worden auf die Erwartungen, welche die Industrie von der zukünftigen Gestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse und unserer handelspolitischen Beziehungen hege, und wessen sie zu ihrer Vorentwicklung in dieser Beziehung bedürfe. Deutschland sei als Käufer und Verkäufer in der Weltwirtschaft ein zu mächtiger Faktor, als daß er überhaupt ganz ausgeschaltet werden könne. Dennoch dürfe man die feindlichen Kräfte nicht unterschätzen, sondern es müsse als eine der vornehmsten Aufgaben betrachtet werden, nach Beendigung des Krieges so schnell als möglich unsern Handelsverkehr im wirklichen Sinne des Wortes wiederherzustellen. Die Industrie werde ohnehin bei dem Übergang in den Friedenszustand mit sehr großen Hemmnissen zu rechnen haben.

Der Antragsteller führte weiter aus, es sei ihm und seinen politischen Freunden wohl bekannt, daß im Schoße der Regierung bereits eingehende Erwägungen in dieser Hinsicht stattgefunden hätten, wie die Etatsrede beweise, aber er und seine Freunde erachten es für die Pflicht der Ständeversammlung, gemeinsam mit der königlichen Staatsregierung diese Fragen zu erörtern, Aufklärung auf Einzelgebieten zu geben und zu empfangen und besonders die Fragen zu behandeln, die zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Stellung Sachsens im Reiche wichtig seien. Der königlichen Staatsregierung auch in dieser letzteren Frage besondere Unterstützung zu gewähren, sei einer der grundlegenden, hauptsächlichsten Beweggründe zur Einbringung des Antrages.

Die Aufgaben, die sich uns stellten, seien zunächst, in Sachsen hinzustreben auf die Verbesserung unserer Verkehrsverhältnisse. Es seien Erwägungen darüber anzustellen, ob durch beschleunigten Ausbau unseres Straßen- und Eisenbahnnetzes Verbesserungen geschaffen werden könnten, ob insbesondere auch der Ausbau von Talstraßen, sowie von Gebirgsübergängen nach Osterreich Erleichterungen bringen und ob durch die Beseitigung übermäßiger Steigungen in bestehenden Straßen dem Mangel und der übermäßigen Abnutzung an Zugtieren abgeholfen werden könne.

Es sei dies nötig zur Hebung der Industrie in den Landbezirken, um eine Abwanderung derselben nach den Großstädten zu verhindern und die Industrie, namentlich im Vogtlande, dem Erzgebirge und der Lausitz lebensfähig zu erhalten. Hierbei müsse auf die Änderung unseres Wegebaugesetzes hingewirkt werden. Anzustreben sei dabei, die Verwaltung und Unterhaltung der Staatsstraßen und Kommunikationswege in eine Hand zu legen und die bessere Verteilung der staatlichen Unterstützungen und Beihilfen für Straßenneubauten und Verbesserungen an bestehenden Straßen vorzunehmen und breitere Schichten mit der Tragung dieser Lasten zu betrauen. Der beschleunigte Ausbau unseres Eisenbahnnetzes sei schon wiederholt in der Finanzdeputation B behandelt worden. Während des Krieges könne allerdings der Bahnbau nicht so gefördert werden, wie es erwünscht erscheine, da es jetzt an technischem Personal und geschulten Arbeitskräften fehle. Er wolle aber die Bitte aussprechen, daß nach Beendigung des Krieges die sächsische Regierung mit großem Eifer daran gehe, das sächsische Eisenbahnnetz weiter auszubauen und auch zu diesem Zwecke größere Mittel in den Etat einzustellen. Nach Beendigung des Krieges werde es sehr notwendig sein,